

Statt Sündenbockstrategien:

Besteuerung von Reichtum und Steuerentlastung für Niedrig- und Normalverdiener!



Das ABSP verurteilt die Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes durch das von der Großen Koalition am 15.10.2015 verabschiedete Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz. Es sieht darin einen gefährlichen Angriff nicht nur auf die in Deutschland und Europa Hilfe und Asyl suchenden Flüchtlinge, sondern auch auf die anderen in Deutschland und in der Europäischen Union lebenden Armen, auf die Erwerbslosen, auf die Beschäftigten im Niedriglohnbereich wie auf die Normalverdienenden.

Die deutschen Arbeitgeberverbände zielen auf weniger Steuerbelastungen für die Arbeitgeber und mehr Profite durch Rechtsverschärfungen gegen Flüchtlinge als billige Arbeitskräfte, wie auch durch sogenannte „Rechtsvereinfachungen“ gegen Erwerbslose und prekär Beschäftigte. Außerdem sollen nach dem Willen von Arbeitgeberverbänden durch erhöhten Druck und diskriminierende Ausnahmeregeln vom Mindestlohn und von Tarifen noch mehr qualifizierte Arbeitskräfte zu Dumpinglöhnen zur Verfügung stehen.

Leider spekulieren auch Opportunisten im Rest der Bevölkerung auf die Verbesserung ihrer eigenen Situation auf Kosten der Schwächeren in der Gesellschaft. Ihren Ausdruck finden diese kurzsichtigen Instinkte in den Pegida-Aufmärschen, in Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte, im Zuspruch für Parteien des rechten Randes und in rechtspopulistischen Kampagnen der Unionsparteien. Keinem Erwerbstätigen mit geringem Einkommen und keinem Alg-II-Empfänger wird es jedoch besser gehen, wenn nur noch Menschen nach Deutschland kommen, deren qualifizierte Arbeitskraft profitabel verwendet werden kann, und alle anderen Geflüchteten rigoros an den Grenzen Europas abgewehrt werden.

Das ABSP appelliert an die Bevölkerung, sich nicht für Sündenbockstrategien gewinnen zu lassen.

Beispiel sozialer Wohnungsbau: In vielen Städten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR wurde massenhaft Wohnraum vernichtet, der Wohnungsbau wurde bundesweit viele Jahre massiv vernachlässigt. Wegen der nun in die Bundesrepublik kommenden geflüchteten Menschen wird dieser Mangel jetzt nur besonders wahrnehmbar. Er hat aber schon lange bestanden. In diesem Punkt haben alle schon lange in Deutschland lebenden Menschen, alle Staatsbürger und die nun hierher Geflüchteten ein gemeinsames Interesse: Nicht die ständigen Senkungen von Ausgaben für den Sozialstaat, für sozialen Wohnungsbau und sämtliche kommunalen und sonstigen öffentlichen Aufgaben verbessern die Lebensbedingungen in Deutschland, sondern ein großzügiger Ausbau dieser Leistungen ist notwendig.

Hierfür müssen Steuern auf große Unternehmensgewinne, Spekulation, Vermögen und Spitzeneinkommen nach jahrzehntelangen kontinuierlichen Senkungen endlich wieder drastisch erhöht werden. Die Körperschaftsteuer der großen Konzerne ist seit 1989 von 56 auf 15 Prozent, der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer von 56 auf 42 Prozent gesenkt worden. Kapitalerträge müssen nur noch mit 25 Prozent versteuert werden, Vermögen werden überhaupt nicht mehr besteuert. Diese Skandale müssen so schnell wie möglich geheilt werden. Deutschland ist eine Steueroase, wo viele Unternehmen praktisch keine Abgaben zahlen, sie aber andererseits durch die Kombilohnpraxis, also durch Hartz-IV-subventionierte Löhne und den viel zu geringen gesetzlichen Mindestlohn Extragewinne erzielen, ohne jegliche wirksame Besteuerung.

Forderung nach steuerfreiem Mindestlohn als Dreh- und Angelpunkt zum Umlenken

Steuern im unteren und mittleren Einkommensbereich hingegen sollten gesenkt werden. Die Lohn- und Einkommensteuer darf nicht mehr auf das Existenzminimum von Erwerbstätigen zugreifen. **Daher begrüßt das ABSP die Position der Partei DIE LINKE:** Sie hat als erste Bundestagspartei auf ihrem diesjährigen Parteitag beschlossen, dass der Grundfreibetrag der Einkommensteuer so weit angehoben werden soll, dass ein Alleinstehender, der in Vollzeit (38,5 Stunden/Woche) zum gesetzlichen Mindestlohn arbeitet, keine Lohn- bzw. Einkommensteuer zahlen soll. Das steuerliche Existenzminimum, also der Grundfreibetrag der Einkommensteuer,

soll im Steuerkonzept dieser Partei um mehr als die Hälfte angehoben werden, damit er dem sozialhilferechtlichen Existenzminimum entspricht. **Der Staat darf nicht aus dem Existenzminimum von Erwerbstätigen finanziert werden.**

Es gibt zwei Wege, mit der Situation umzugehen, dass viele Geflüchtete nach Europa und nach Deutschland kommen.

Der eine zeichnet sich derzeit als Wahl der Bundesregierung ab: Um angebliche Einwanderung in die Sozialsysteme zu unterbinden, werden die Grenzen zunehmend abgeschottet. Dadurch verschärft sich das Elend der Geflüchteten mit unzähligen Todesopfern und unermesslichem Leid durch Ertrinken im Mittelmeer und durch Gewalt von Polizeien und Armeen an den europäischen Grenzen. Potentielle, für deutsche Arbeitgeber nützliche Arbeitskräfte sollen nach dem Willen der Bundesregierung jedoch kontrolliert über die Grenzen gelassen werden. Für die maximale Ausbeutung sollen Ausnahmen vom Mindestlohn und von Tarifverträgen geltend gemacht werden. So würden die Geflüchteten durch die Bundesregierung auf Wunsch der Arbeitgeberverbände vorsätzlich zur Dumpingkonkurrenz für einheimische Arbeitskräfte gemacht. Dies leistet rassistischen Kampagnen von rechten Parteien und militanten Neofaschisten Vorschub.

Das ABSP plädiert für eine andere Lösung: Geflüchteten sollte der Weg nach Deutschland in keinem Fall verstellt werden. Sie sollten weder an den europäischen Grenzen aufgehalten noch bei ihrer Ankunft in Deutschland in Sammellager gesteckt werden. Sie sollten so schnell wie irgend möglich in normalen Wohnungen, in einer Region Deutschlands ihrer Wahl leben können. Die notwendigen Kosten für ihre Integration, Sprachkurse usw. sollten jedoch weder durch Kürzungen in anderen Bereichen noch durch Belastungen der Sozialversicherungskassen oder allgemeine Steuerbelastungen für die Masse der Bevölkerung aufgebracht werden.

Hierfür wie auch für eine längst fällige drastische Erhöhung des Hartz-IV-Eckregelsatzes, für den Ausbau des sozialen Wohnungsbaus, von Schulen, Krankenhäusern, öffentlicher Verkehrsmittel und der gesamten öffentlichen Infrastruktur, die in den letzten Jahrzehnten vernachlässigt, kaputtgespart und durch Privatisierungen zu profitmaximierten Unternehmungen entstellt wurde, sind längst fällige Erhöhungen der Steuern auf hohe Gewinne, Einkommen und Vermögen notwendig. Geld ist genug da. Kontinuierlich, sogar in der Krise seit 2008, hat sich der Reichtum in wenigen Händen rasant weiter vermehrt. Alleine das private Geldvermögen in Deutschland beträgt inzwischen deutlich über fünf Billionen Euro. Auf der anderen Seite hat die Armut der Masse der Erwerbstätigen und der Erwerbslosen weiter zugenommen, arbeiten immer mehr Menschen im Niedriglohnsektor.

Auf dem Arbeitsmarkt darf für Geflüchtete wie für jede andere Arbeitskraft der gesetzliche Mindestlohn nicht unterschritten und ebenso keine Ausnahme von tarifvertraglicher Absicherung gemacht werden.

Weder für Langzeiterwerbslose noch für Flüchtlinge darf es auch nur eine Ausnahme vom gesetzlichen Mindestlohn oder von Tarifverträgen geben!

So würden Flüchtlinge nicht gegen die Armen, gegen die Hartz-IV-Bedürftigen und gegen andere Erwerbstätige ausgespielt und umgekehrt: Prekäre und Arme nicht mehr gegen die Flüchtlinge.

So könnte die Willkommenskultur, die bisher noch durch die Aufopferung von ehrenamtlichen Helfer*innen in 8-facher Millionenzahl aufrecht erhalten wird, zu einer durch das gesamte Gemeinwesen gestemmen selbstverständlichen, öffentlich finanzierten Aufgabe werden. Es ist genug Geld und Potential da, um Geflüchtete in alle Bereiche unserer Gesellschaft zu integrieren. Um es mit einem abgewandelten Zitat der Bundeskanzlerin zu sagen: Genau so schaffen wir das!

Wir schaffen es aber nicht durch Abschottung und Abschiebungen einerseits und maximale Ausbeutung andererseits.

Keine Sonderrechte für reaktionäre Kreise, volle Staatsbürgerrechte für alle, die es hierher geschafft haben, damit wir gemeinsam eine friedliebende Gesellschaft aufbauen können.

Schluss mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr und mit den Waffenexporten!

1. November 2015, Koordinierungskreis des Aktionsbündnisses Sozialproteste (ABSP)
www.die-soziale-bewegung.de